

Keine Müllhalde der Nation

Kantonsrat will Atom-Endlager im Niederamt nur bei einem Super-GAU

Die Solothurner Regierung soll sich «vehement» dafür einsetzen, dass im Niederamt nur im äussersten Fall ein Atom-Endlager gebaut wird. Auf diesen «milderen» Auftrag hat sich der Kantonsrat nach langer Debatte geeinigt.

STEFAN FRECH

Nach Dutzenden Voten gingen die Kantonsräte aller Parteien ausser der SVP mit dem Regierungsrat einig: Er soll sich «vehement» dafür einsetzen, dass ein geologisches Tiefenlager für mittel- und schwach-radioaktive Abfälle im Niederamt nur dann infrage kommen darf, wenn dieser Standort eindeutig besser abschneidet als die anderen in Prüfung stehenden Orte in der Schweiz. Diese Formulierung setzte sich im Rat gegen den von der früheren SP/Grünen-Fraktion eingereichten, schärferen Auftragstext durch. Die Ratslinke hatte den Regierungsrat zu einem grundsätzlichen Widerstand gegen ein Tiefenlager verpflichten wollen. Das Niederamt sei bereits jetzt mit einem bestehenden und einem geplanten AKW sowie einem Nasslager für abgebrannte Brennelemente belastet und drohe, «zum Abfallkübel der Schweiz degradiert» zu werden.

«Bauen, wo Widerstand am kleinsten»

SP, Grüne und EVP unterlagen mit ihrem Vorstosstext der bürgerlichen Mehrheit mit 23 zu 60 Stimmen. Die Linke hatte dann aber lieber «den Spatz in der Hand» und stimmte in der Schlussabstimmung zusammen mit FdP und CVP/GLP für die Erheblicherklärung des abgeschwächten Auftrags. Er lautet: «Der Regierungsrat sichert zu, sich vehement dafür einzusetzen, dass die Kriterien des Sachplans geologisches Tiefenlager strikte eingehalten und die Interessen des Niederamts berücksichtigt werden.»

Auch diese Formulierung ging der SVP-Fraktion zu weit. «Egal, wie man zur Kernenergie steht, der Abfall besteht bereits», sagte Walter Gurtner (Däniken). Auch die Linke müsse deshalb Verantwortung übernehmen und für die Entsorgung der radioaktiven Abfälle, die auch aus Spitälern und Forschungslabors stammen, eine Lösung finden. Sein Fraktionskollege Hans Rudolf Lutz (Lostorf) zeigte sich gar überzeugt, dass «sich die Leute um ein Endlager reissen werden»,



NIEDERAMT Neben dem AKW Gösigen könnte ein atomares Endlager hinzukommen. PETER BROTSCHI

wenn sie einmal genügend aufgeklärt seien. «Denn ein Endlager ist genauso wenig gefährlich wie die in der Natur vorkommende radioaktive Strahlung.»

Mit dieser Sicht gingen die Sprecher der SP- und der Grünen-Fraktion natürlich gar nicht einig. Laut Walter Schürch (Grenchen) lehnt die SP ein Endlager «ganz klar ab, solange die sichere Lagerung nicht gelöst ist». Regierung und Kantonsrat müssten sich klar gegen einen Standort im Niederamt aussprechen. «Denn man wird dort bauen, wo der Widerstand am kleinsten ist.» Das sehen auch die Grünen so. Laut Iris Schelbert (Olten) vertrete ihre Partei aber auch gleichzeitig die Auffassung, dass wer Abfall produziere, ihn auch entsorgen müsse. «Wir sind bereit, über ein Endlager auch in unserer Region zu diskutieren, aber nur, wenn man die bestehenden AKW abstellt und keine neuen baut.»

Niederämter Gemeinden protestieren

Eine Zwischenposition nahmen die bürgerlichen Mitteparteien ein. Für FdP-Sprecher Reinhold Dörfli (Egerkingen) geht die Sicherheit vor. «Deshalb soll die Nagra nun ihre Arbeit machen und den wirklich besten Standort finden.» Frakti-

onskollege Alexander Kohli (Grenchen) sieht ein Endlager gar als Chance für eine Region, denn es ziehe neue Steuerzahler und Investoren an. Der Sprecher der CVP/EVP/GLP-Fraktion fand einiges kritischere Worte: «Wir sind erstaunt, dass der Bund überhaupt noch am Niederamt als Standort festhält, obwohl die Planungen für ein zweites AKW Gösigen bereits weit fortgeschritten sind.» Damit drohe «das Fuder überladen» zu werden. Deshalb hätten auch die Niederämter Gemeindepräsidenten einen offenen Brief an Umweltminister Moritz Leuenberger geschickt. In diesem fordern sie, dass der Bund AKW und Endlager parallel plane und die Bevölkerung besser einbeziehe.

Regierungsrat streckt Hand aus

Regierungsrat Walter Straumann versprach, mit den Gemeinden mögliche Formen der Mitsprache zu diskutieren. Zur Sache selber betonte er, dass die Regierung beim Bund im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens mehr erreiche als wenn sie einen Abbruch verlange. Die sicherheitstechnischen Abklärungen der Nagra sind bis Frühling 2010 abgeschlossen, dann werde die Bevölkerung einbezogen.

«Allons-y» in zwei Jahren

Parlament rüttelt nicht an Terminen für Frühfremdsprachen-Unterricht in Primarschule

Der Frühfremdsprachen-Unterricht in der Primarschule kann wie geplant 2011 (Französisch) und 2013 (Englisch) eingeführt werden. Der Kantonsrat hat einen Auftrag abgelehnt, der das Projekt um drei Jahre verschieben wollte.

STEFAN FRECH

Vor knapp einem Jahr hatten sechs Kantonsräte verschiedener Parteien die Forderung des Lehrerverbands LSO aufgenommen und verlangt, dass die Einführung des Frühfremdsprachen-Unterrichts um drei Jahre verschoben wird. Das interkantonale Projekt «Passepartout» sieht die Einführung von Frühfremdsprachen ab der 3. Klasse im Schuljahr 2011/2012 vor. Zudem soll Frühenglisch ab der 5. Klasse 2013/2014 eingeführt werden. Die Lehrer seien bis zum Einführungstermin nicht genügend gut ausgebildet, sagen die Gegner. Ihre Kritik verhallte aber gestern im Kantonsrat: Die grosse Mehrheit lehnte eine Verschiebung des Frühfremdsprachen-Unterrichts ab. Nur die SVP sowie je ein Vertreter von EVP und SP stimmten für den Auftrag.

Kosten von 7 Mio. Franken

Viele frühere Skeptiker unter den Kantonsräten hatten sich von einer jüngst durchgeführten Umfrage bei den Schulen umstimmen lassen. «Die Rückmeldungen der Schulleitungen haben gezeigt, dass sich schon fast zu viele Lehrer weiterbilden wollen», erklärte der Sprecher der Bildungs- und Kulturkommission (Bikuko), Urs von Lerber (SP, Luterbach). Auch sei bereits ein neues Lehrmittel in Bearbeitung. Die Bikuko sprach sich deshalb wie die meisten Fraktions-sprecher für die Nichterheblicherklärung des Auftrags aus. Fran-

ziska Roth (SP, Solothurn) lobte die Regierung: «Selten war ein Bildungsprojekt so gut aufgegleist wie dieses.» Im Gegensatz zu anderen laufenden Projekten seien auch die finanziellen Konsequenzen bekannt: jährlich 7 Mio. Franken. Damit werden die zusätzlichen drei Französisch-Lektionen pro Woche finanziert. «Eine Verschiebung des Frühfremdsprachen-Unterrichts würde nichts bringen», sagte Barbara Streit (CVP, Solothurn). Und Verena Enzler (FdP, Lostorf) doppelte nach: «Viele Schulen befinden sich bereits auf einem guten Weg.»

«Bringt nichts», sagen Kritiker

Dem widersprach René Steiner (EVP, Olten): Nur ein Viertel der 72 befragten Schulen hätten geantwortet, dass genügend gut ausgebildete Lehrer vorhanden seien. «Die meisten Schulen haben offene Fragen angemeldet oder erklärt, sie könnten die Vorgabe nicht umsetzen.» Auch stellte Steiner den Frühfremdsprachen-Unterricht generell infrage: Evaluationen hätten gezeigt, dass die Sprachkompetenz der Jugendlichen am Ende des 9. Schuljahr nicht besser sei. Ins selbe Horn blies der Sprecher der SVP-Fraktion, Thomas Eberhard (Bettlach). «Es gibt Schulen, die nicht genügend qualifizierte Lehrer für den Fremdsprachen-Unterricht haben.» Die Fächer Deutsch oder Geschichte würden leiden, wenn nun zusätzlich noch Französisch und Englisch unterrichtet werde.

Bildungsdirektor Klaus Fischer hingegen betonte, dass die anderen Fächer nicht vom zusätzlichen Sprachunterricht betroffen sind. Er wies auch darauf hin, dass der Französischunterricht in der 3. Klasse spielerisch erfolgen soll, um Hemmungen abzubauen. «Die Kinder werden nicht Grammatik pauken müssen.»

Ratslinke beisst auf Granit

Bürgerliche Mehrheit hält an Pauschalbesteuerung fest

SP-Kantonsrat Philipp Hadorn (Gerlafingen) zeigte sich enttäuscht. «Der Regierungsrat ist offensichtlich nicht gewillt, einen Schritt für mehr Steuergerechtigkeit zu wagen.» Die Regierung hatte in ihren Antworten auf eine Interpellation klargemacht, dass sie die Pauschalbesteuerung im Kanton Solothurn nicht abschaffen will. Dies, obwohl nur vier Personen betroffen wären. «Es besteht also kein Grund, an der Pauschalbesteuerung festzuhalten», doppelte SP-Fraktions-sprecher Markus Schneider (Solothurn) nach. Seine Partei erwarte von der Regierung, dass sie die entsprechende Steuerverordnung ersatzlos streicht und sich auf Bundesebene für denselben Schritt stark macht. «Es ist nicht einzusehen, weshalb ein Ausländer anders besteuert wird als ein Schweizer.»

Bürgerliche fürchten Steuerausfälle

Die SP erhielt aber nur gerade von der Grünen-Fraktion Rückenstärkung. Die bürgerliche Mehrheit stützte die Haltung der Regierung. «Eine Reform der Pauschalbesteuerung auf Bundesebene ist notwendig, wir wollen aber grundsätzlich an diesem System festhalten», sagte Roland Fürst, Sprecher der CVP/EVP/GLP-Fraktion. Auch Beat Loosli (FdP, Starrkirch-Wil) und Thomas Eberhard (SVP, Bettlach) befürchten, dass ansonsten Steuerausfälle und mehr Verwaltungsaufwand drohen. Die frühere SP/Grünen-Fraktion hatte die Interpellation eingereicht, nachdem im Kanton Zürich das Stimmvolk für eine Abschaffung der Pauschalbesteuerung votiert hatte. (SFF)

Dieses Kind wollte niemand

SVP-Steuerabzug für «traditionelle Familien» bleibt im Kantonsrat chancenlos

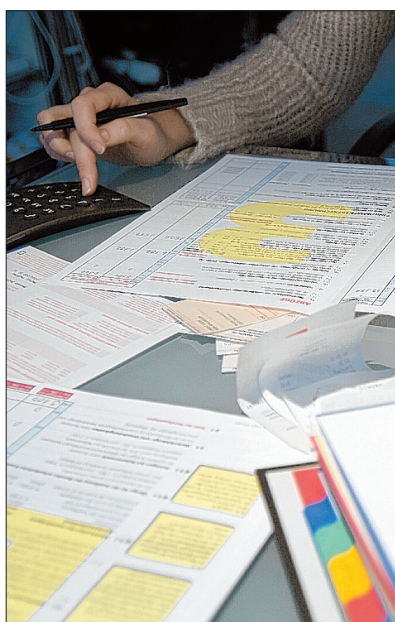
Die SVP wollte einen Steuerabzug durchsetzen für Eltern, die ihre Kinder im Kreis der Familie betreuen. Mit dieser Forderung stand die Partei aber allein auf weiter Flur.

STEFAN FRECH

Es war bereits das dritte Mal am gestrigen Sessionstag, dass es im Kantonsratssaal hiess: «Alle gegen die SVP.» Diesmal stammte der Vorschlag aber von der grössten Oppositionspartei selber. Die Idee des SVP-Auftrags: Eltern, die für ihre Kinder keine Drittbetreuung in Anspruch nehmen, sollen künftig pauschal 20 000 Franken (bei einem Kind) oder 30 000 Franken (zwei oder mehrere Kinder) von den Steuern abziehen können. Diese Forderung stiess jedoch im Parlament auf ebenso taube Ohren wie Monate zuvor bei der Regierung (wir berichteten). Kein einziger Kantonsrat einer anderen Partei unterstützte den SVP-Vorstoss.

Hätte grosse Steuerausfälle gebracht

In den Augen der SVP bestraft das heutige Steuersystem die traditionelle Familie und belohnt diejenigen, welche «die Kinder an den Staat abschieben». Während diese bis zu 6000 Franken für die Kinderbetreuung in Krippen von den Steuern abziehen können, müssten Mütter und Väter, die ihre Kinder in der eigenen Familie betreuen lassen, einen Einkom-



STEUERN SVP scheiterte mit familienpolitischem Vorstoss deutlich. BAR

mensausfall in Kauf nehmen. «Künftig muss gelten: ein Kind, ein Abzug», sagte SVP-Sprecher Thomas Eberhard (Bettlach). Er musste aber auch einräumen: «Die von uns vorgeschlagenen Ansätze für einen Steuerabzug sind aufgrund der finanziellen Situation des Kantons zu hoch.» So müsste mit Steuerausfällen von rund 20 Mio. Franken gerechnet werden.

Wie der Regierungsrat operierten die Gegner des Auftrags mit drei Ar-

gumenten: Verstoss gegen die Bundesverfassung, Rechtsungleichheit und zu hohe Steuerausfälle. «Der Auftrag ist zwar gut gemeint, verstösst aber gegen Verfassungsgrundsätze», sagte etwa Urs Allemann (CVP, Rüttenen), Sprecher der CVP/EVP/GLP-Fraktion. Es gebe Kantone, die einen Pauschalabzug von 2000 bis 3000 Franken gewähren, in der von der Solothurner SVP vorgeschlagenen Höhe sei der Auftrag aber «nicht ernst zu nehmen». Auch FdP-Sprecher Beat Käch (Solothurn) kritisierte die SVP, die als «Hüterin einer gesunden Finanzpolitik» ihre Grundsätze über Bord werfe. Auch stelle sie Eltern, die ihre Kinder fremdbetreuen lassen, als «Rabelnaltern» dar. «Immer mehr Familien sind darauf angewiesen, dass beide Elternteile arbeiten, weil sie sonst zu wenig verdienen.»

Mahnende Worte von ganz oben

Fränzi Burkhalter (SP, Biberist) betonte, dass ihre Partei mit der SVP einig gehe, dass die Familie der zentrale Ort für die Erziehung der Kinder sei. Deshalb gelte es die Familienarbeit aufzuwerten, etwa mit einem Vaterschaftsurlaub. Noch stärker nutzte Grünen-Sprecherin Marguerite Misteli (Solothurn) ihr Votum für allgemeine familienpolitische Überlegungen. Sie musste deshalb von Kantonsratspräsidentin Christine Bigolin zweimal ermahnt werden, zum konkreten Geschäft zu sprechen.

In Kürze

Motocross im Blickfeld

Der Kantonsrat hat die Petition «gegen die Diskriminierung des Motocross-Sports» zur Kenntnis genommen. Die Regierung ist der Auffassung, dass der Motocross-Sport gegenüber anderen Sportarten im Kanton nicht diskriminiert wird. Das Problem sieht sie darin, dass Motocross-Veranstaltungen fast ausschliesslich in speziell geschützten Lebensräumen stattfinden. Die Regierung will künftig an einer begrenzten Zahl von Standorten wiederkehrende Veranstaltungen bewilligen. Die Petition mit 14 400 Unterschriften war von der Föderation der Motorradfahrer der Schweiz eingereicht worden. Sie wird vom Solothurner SVP-Nationalrat Walter Wobmann (Gretzenbach) präsidiert. (OTR)

Wahl Priska Meier fürs Schiedsgericht

Der Kantonsrat wählte als Mitglied des Schiedsgerichts in der Kanken- und Unfallversicherung Priska Meier (Kestenholz). Sie erhielt 85 von 93 ausgeteilten bzw. 91 eingegangenen Stimmen. (OTR)